

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/606, 14/622, 14/623, 14/624 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Den folgenden Titel des Einzelplans 06 um 1800000 Deutsche Mark zu kürzen:

Kapitel 0640 – Titel 68412-246 – Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Vertriebenen; hier: Institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen.

Bonn, den 26. April 1999

**Ulla Jelpke
Petra Pau
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

Begründung

Der Bund der Vertriebenen (BdV) ist eine rechtsextrem durchsetzte Organisation. Seine gesamte Politik ist gegen die Verständigung der Völker in Europa und gegen die Anerkennung der bestehenden Grenzen gerichtet. Innerhalb der Landsmannschaften des BdV wird wüster rechtsextremer Geschichtsrevisionismus geduldet. In Organen der Vertriebenenverbände wie dem „Ostpreußenblatt“ kann die rechtsextreme These einer „Kriegsschuld-Lüge“ ebenso wie die Leugnung der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden und der Existenz von Gaskammern in Auschwitz während des Hitler-Faschismus verbreitet werden.

Dem BdV ist daher die institutionelle Förderung in diesem Jahr um ca. 50 % zu kürzen und im nächsten Jahr völlig zu streichen. Durch diesen Zwischenschritt sollen persönliche Härten bei notwendigen Entlassungen vermieden werden.

Außerdem soll der BdV aus den Integrationsmaßnahmen für die Aussiedler herausgenommen werden und mit dieser Tätigkeit nur Wohlfahrtsverbände und Volkshochschulen etc. betraut werden.